

**Prüfungstyp II Materialbasis: gedruckter fiktionaler Text**

**Teil 1 Textverständnis und Sprachgebrauch**

**Aufgabe 1**

Markierung der richtigen Aussagen, die sich aus dem Text ableiten lassen, mit dem Buchstaben „r“

|    |    |    |    |    |    |    |    |    |    |    |    |
|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| a) | b) | c) | d) | e) | f) | g) | h) | i) | j) | k) | l) |
| r  |    |    | r  |    | r  | r  | r  |    |    | r  |    |

**Aufgabe 2**

Angabe von Textbelegen zu Aussagen über Nickys Lebensumstände und entsprechender Zeilenangabe

|   | <b>Aussage über Nickys Familienverhältnisse und ihre soziale Herkunft</b>                                   | <b>Textbelege</b>   | <b>Zeile(n)</b> |
|---|---|---|-----------------|
| A | Nickys Vater wirkt auf manche Menschen abstoßend.   | „ein fantasievoll, aber vulgär tätowierter Kerl, [...] Er war ein Arschloch“                                  | 4f.             |
| B | Schwächere leiden unter dem Verhalten von Nickys Vater.   | „einer, der wusste, wie man Frau und Kindern das Leben zur Hölle machte“                                      | 4f.             |
| C | Nickys Verhältnis zu ihrem Vater hat im Laufe der Zeit verschlechtert, weil der Vater sich veränderte.      | „Sie erinnerte sich an andere Zeiten. Doch als ihr Vater seine Arbeit verlor, begann der klassische Abstieg.“ | 28              |
| D | Nicky leidet unter den Verhältnissen in ihrer Familie.  | „weit entfernt von dieser elterlichen Hölle“  | 31f.            |
| E | Nickys Mutter kann die Fehler des Vaters nicht ausgleichen.   | „Und da war keine Mutter, die sich schützend vor ihre Kinder gestellt hätte.“                                 | 29f.            |
| F | Die gesellschaftliche Stellung eines Menschen richtet sich nach Meinung mancher Leute nach dessen Herkunft. | „Auf der sozialen Stufenleiter unter ihnen rangierten einzig die wenigen Menschen aus Surinam.“               | 8f.             |

**Aufgabe 3**

Schlussfolgerungen zuordnen, die sich aus Textaussagen ableiten lassen

|   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|
| A | B | C | D | E |
| 3 | 2 | 1 | 2 | 1 |

**Aufgabe 4**

Erklärung von Formulierungen

|   | <b>Formulierungen</b>   | <b>Erklärungen</b>  |
|---|---|---|
| A | „Nickys Examensnoten waren so gut, dass die [...] Kommilitonen auf der Handelshochschule <u>vor Neid erblassten</u> “. (Z.33f.) | Nickys Examensnoten waren so gut, dass die Kommilitonen auf der Handelshochschule ihr den Erfolg nicht gönnten/eifersüchtig waren auf ihren Erfolg. |
| B | „Beim Weiterlesen <u>stockte ihr der Atem</u> .“ (Z.61)   | Beim Weiterlesen erschrak sie plötzlich.  |
| C | „Doch Nicky <u>biss die Zähne zusammen</u> “. (Z.31)  | Doch Nicky strengte sich an und hielt durch.  |
| D | „Gewaltexzesse waren nahezu an der <u>Tagesordnung</u> .“ (Z.29)  | Gewaltexzesse waren üblich/fanden regelmäßig statt.   |
| E | „dass Nicky regelmäßig einen Betrag <u>abdrückte</u> “ (Z.25)   | dass Nicky ihren Eltern regelmäßig Geld gab   |

**Aufgabe und Erläuterung der Aufgabenstellung****Antworten****1.7 Erläutern Sie...**

Schreiben Sie auf, wie persönlicher und staatlicher Umweltschutz aussehen kann.

**Staatliche Maßnahmen**

- Der Staat strebt an, zu einer CO<sub>2</sub>-armen und ressourceneffizienten Wirtschaft überzugehen, die biologische Vielfalt zu bewahren und die Gesundheit der Bevölkerung durch Rechtsvorschriften zu Luftqualität, Chemikalien, Klima, Natur, Abfall und Wasser zu schützen.
- Seit einigen Jahren werden Anstrengungen in zahlreichen Bereichen unternommen, z. B. in Bezug auf neue Recyclingziele, Beschränkungen für Plastiktragetaschen, Maßnahmen in Bezug auf Kunststoffe und die Eindämmung von Abfällen im Meer.
- Ähnliches gilt für die Ziele bei den Treibhausgas-Emissionen bis 2030 und Maßnahmen für ein Verkehrswesen mit geringeren CO<sub>2</sub>-Emissionen, etwa über verstärkte Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Ausbau der Elektromobilität.

**Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021****Aufgabe und Erläuterung der Aufgabenstellung****Antworten****1.1 Nennen Sie ...**

Schreiben Sie die Parteien auf, die im Deutschen Bundestag vertreten sind.

CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke, B'90/Grüne

**1.2 Erklären Sie...**

Schreiben Sie auf, was man unter dem personalisierten Verhältniswahlrecht versteht.

Das personalisierte Verhältniswahlrecht kommt in einem Mischwahlsystem zur Anwendung. Beim Wahlakt sind zwei Stimmen zu vergeben. Der Deutsche Bundestag zählt 598 Abgeordnete. Die Hälfte von ihnen, also 299, wird nach relativer Mehrheitswahl direkt in den Wahlkreisen gewählt. Diesen Direktmandaten gilt die *Erststimme*. Die Erststimme macht den „personalisierten“ Teil des Wahlsystems aus, weil die Wähler\*innen damit eine bestimmte Person ihres Wahlkreises wählen. Mit der *Zweitstimme* werden demgegenüber Parteien gewählt, und zwar nach dem Verhältniswahlrecht. Die Zweitstimme entscheidet über die Zusammensetzung des Bundestages. Hierbei gilt: Jede Partei zieht von der Gesamtzahl der gewonnenen Sitze jene ab, die von den Wahlkreissiegern dieser Partei besetzt sind. Die verbleibenden Sitze erhalten Kandidat\*innen von den Landeslisten der Partei. Sie haben somit Listenmandate inne.

**1.3 Erläutern Sie...**

Schreiben Sie auf, warum es derzeit 709 Abgeordnete im Deutschen Bundestag gibt.

Die Differenz von 111 Abgeordneten entsteht durch Überhang- und Ausgleichsmandate: Wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Wahlkreissieger hat, als ihr dort Bundestagssitze zustehen, bekommt sie entsprechend zusätzliche Sitze. Dadurch erhöht sich die Gesamtzahl der Bundestagssitze um diese Überhangmandate. Die anderen Parteien erhalten im Anschluss so viele Ausgleichsmandate, bis das Verhältnis der Zweitstimmen wiederhergestellt ist. Dadurch steigt die Gesamtzahl der Bundestagssitze weiter an.

**1.4 Erläutern Sie...**

Schreiben Sie auf, wie man jenseits von Wahlen Einfluss auf die Politik nehmen kann.

- Bürgerbegehren oder Bürgerentscheid: In allen Bundesländern haben die Bürger\*innen die Möglichkeit, auf Kommunal- oder Kreisebene mit Hilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden direkt in die lokale Politik einzugreifen. Dies geschieht häufig bei Bauprojekten wie Umgehungsstraßen, Wohnsiedlungen oder Stromtrassen und Windkraftanlagen.
- Einwohnerantrag: Mit dem Einwohnerantrag können Einwohner\*innen einer Gemeinde den Gemeinderat verpflichten, sich mit einer bestimmten Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung zu befassen.
- Petitionen: In Deutschland ist das Petitionsrecht als Grundrecht in Art. 17 (GG) festgeschrieben. Auch die jeweiligen Landesverfassungen räumen das Petitionsrecht ein.
- Bei einer Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien und Verbänden hat man die Möglichkeit an der Ausarbeitung von konkreten Programmen dieser Organisationen aktiv mitzuwirken. Es besteht außerdem die Möglichkeit der Mitarbeit in Jugendparlamenten und Jugendgemeinderäten.

## Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021

Aufgabe 1

## In Ausbildung und Beruf orientieren

1.1 Der Arbeitsvertrag kommt rechtsgültig zustande, wenn die **Eltern, Christina** und der **Ausbilder** unterschreiben.

Da Christina noch nicht volljährig ist, muss sie ihrem Ausbildenden zusätzlich noch eine **Bescheinigung** über die **ärztliche Erstuntersuchung** vorlegen.

1.2.1 **Berechnung des Nettogehalts:**

|                            |                   |  |
|----------------------------|-------------------|--|
| Bruttogehalt               | 1.069,00 EUR      | Ausbildungsvergütung im 1. Lehrjahr                  |
| - Lohnsteuer               | 2,08 EUR          | siehe Aufgabenstellung                               |
| - Kirchensteuer            | 0,17 EUR          | 8 % von 2,08 EUR                                     |
| - SoliZ                    | 0,00 EUR          | entfällt, da Lohnsteuer unterhalb der Nullzone liegt |
| - Rentenversicherung       | 99,42 EUR         | (18,6 % : 2 ) von 1.069,00 EUR                       |
| - Arbeitslosenversicherung | 12,83 EUR         | (2,4 % : 2 ) von 1.069,00 EUR                        |
| - Krankenversicherung      | 82,85 EUR         | ((14,6 % + 0,9 %) : 2) von 1.069,00 EUR              |
| - Pflegeversicherung       | 16,30 EUR         | (3,05 % : 2) von 1.069,00 EUR                        |
| <b>= Nettogehalt</b>       | <b>855,35 EUR</b> |  |

Der Überweisungsbetrag in Höhe von 855,35 EUR ist richtig.

1.2.2 Die Klassenkameradin könnte eine **andere Lohnsteuerklasse** haben, z. B. weil sie ein Kind hat. Oder sie könnte **nicht kirchensteuerpflichtig** sein. Oder sie könnte von ihrem Ausbildungsbetrieb **vermögenswirksame Leistungen** und/oder einen **Vorschuss** erhalten.

1.3 Christina hat das **aktive** und das **passive Wahlrecht**.

- **Aktives Wahlrecht:**

→ Christina kann an der JAV-Wahl teilnehmen, da sie Auszubildende ist und/oder über 25 Jahre alt ist. (§ 61 (1) BetrVG)

- **Passives Wahlrecht:**

Christina kann sich zur JAV-Wahl aufstellen lassen, da sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. (§ 61 (2) BetrVG)

1.4 Gem. § 19 (2) Nr. 3 JArbSchG beträgt der jährliche Urlaubsanspruch in 2020 **25 Werktage**, da Christina zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 18 Jahre alt ist.

Der Urlaubsanspruch muss anteilig für **4 Monate** berechnet werden:

$$\frac{25 \text{ Werktage} \cdot 4 \text{ Monate}}{12 \text{ Monate}} = 8,3 \rightarrow \mathbf{8 \text{ Werktage}}$$

In 2021 beträgt der jährliche Urlaubsanspruch gemäß § 3 (1) BUrlG **24 Werktage**, da Christina volljährig ist.

1.5 Auszubildenden gegenüber kann in der Regel **keine Kurzarbeit** angeordnet werden. Der Ausbildungsbetrieb ist dazu verpflichtet, alle Mittel auszuschöpfen, um die Ausbildung weiter zu gewährleisten und muss die Ausbildung ggf. umorganisieren. Dies ergibt sich aus **§ 14 (1) Nr. 1 BBiG**: Der Auszubildende unterliegt der **Ausbildungspflicht**, er muss dafür sorgen, dass **alle Ausbildungsinhalte** vermittelt werden.

1.6 Der Ausbildungsbetrieb kann seine **Attraktivität erhöhen**, indem er seinen Auszubildenden ein übertarifliches Ausbildungsgehalt zahlt oder **andere Anreize** wie z. B. kostenloses Mittagessen, private Handy-/Laptopnutzung, Zuschuss zum Fitness-Studio usw. anbietet. Auf Ausbildungsmessen oder in Anzeigen sollte er damit werben.

1.7 Christina kann die Turnschuhe **nicht umtauschen**. Sie ist **volljährig** und somit ist der **Kaufvertrag** gemäß § 2 BGB in Verbindung mit § 433 BGB **rechtsgültig**.

- zu 3.5
- Nach § 14 KWG handelt es sich bei einer Kreditsumme von 2 Mio. € um einen Millionenkredit, da das Kreditengagement  $\geq 1$  Mio. Euro ist. Millionenkredite sind der bei der Deutschen Bundesbank geführten Evidenzzentrale vierteljährlich (Beobachtungszeitraum) anzuzeigen.
  - Nach § 13 KWG (in Verbindung mit der Kapitaladäquanzverordnung): Kredite an einen Kreditnehmer, die insgesamt 10 % der anrechenbaren Eigenmittel der Südalbbank eG erreichen oder übersteigen, dürfen nur aufgrund eines einstimmigen Beschlusses aller Geschäftsleiter erfolgen und müssen der Deutschen Bundesbank angezeigt werden.
- 3.6
- ☞ Die Südalbbank eG sollte regelmäßig überprüfen, ob die Darlehensraten eingehen.
  - ☞ Laufend werden die Umsätze auf den Konten der World of Mountain GmbH beobachtet.
  - ☞ In regelmäßigen Zeitabständen wird die Werthaltigkeit der Sicherheit kontrolliert; bei Bedarf sind zusätzliche Sicherheiten einzuholen.
- Ergänzender Hinweis: Gefragt sind drei Maßnahmen. Ebenfalls könnten folgende weitere Maßnahmen angeführt werden:
- ☞ Auch weiterhin werden die Jahresabschlüsse der World of Mountain GmbH angefordert und analysiert, damit die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens beurteilt werden kann.
  - ☞ In bestimmten Zeitabständen werden unangekündigte Betriebsbesuche durchgeführt.

## Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021

### Aufgabe 1 Kundenorientierte Dienstleistungen im Bereich Kontoführung

- 1.1
- ☞ Aktueller Handelsregisterauszug der „Bodensee Adventure GmbH“
  - ☞ Aktueller (gültiger) Personalausweis von Torsten Kächele
- 1.2
- ☞ Legitimationsprüfung nach § 154 Abgabenordnung (AO):  
Konten müssen existierenden Personen zugeordnet werden. Demzufolge ist zur Klärung der Kontenwahrheit die Legitimationsprüfung vorzunehmen. Hierdurch soll Steuergerechtigkeit erzielt werden.
  - ☞ Identifikationsprüfung nach § 11 Geldwäschegesetz (GWG):  
Sowohl der Kontoinhaber als auch alle verfassungsberechtigten Personen müssen identifiziert werden. Hierdurch soll die Einschleusung illegaler Gelder in den Geldkreislauf erschwert werden. Außerdem muss das Kreditinstitut nach den Vorschriften des Geldwäschegesetzes bei der Kontoeröffnung den wirtschaftlich Berechtigten feststellen.
- 1.3.1
- Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind vorformulierte Vertragsbedingungen, die die gesamte Geschäftsbeziehung zwischen den Vertragspartnern regeln. Darin werden bestimmte Rechte und Pflichten beider Seiten bestimmt.
- Kreditinstitute setzen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen ein, um eine einheitliche und rationelle Geschäftsabwicklung zu erreichen. Ferner wird durch die Verwendung der AGB für beide Vertragspartner ein hohes Maß an Rechtssicherheit bewirkt.
- Darüber hinaus sorgen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für eine Gleichbehandlung der Kunden.
- 1.3.2
- ☞ Pflichten des Kunden:
    - Mitwirkungspflichten des Kunden (z. B. bei Adressänderungen)
    - Zahlung der vereinbarten Entgelte
  - ☞ Pflichten des Kreditinstituts:
    - ordnungsgemäße Ausführung von Kundenaufträgen
    - Verpflichtung zum Bankgeheimnis
- 1.4.1
- Die Ulrich Weber OHG muss ebenfalls Kundin der Schwabenbank eG sein, ansonsten müsste sie sich an ihr KI wenden und diese mit der Einholung einer Bankauskunft beauftragen. Kreditinstitute erteilen Bankauskünfte nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten (für deren Zwecke oder die ihrer Kunden).
  - Die Anfrage bezieht sich auf die geschäftliche Tätigkeit.
  - Die Ulrich Weber OHG legt ein berechtigtes Interesse an der Anfrage glaubhaft dar.
  - Die Bodensee Adventure GmbH hat der Schwabenbank eG gegenüber der Erteilung einer Bankauskunft nicht grundsätzlich widersprochen.
- 1.4.2
- Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und seine Zahlungsfähigkeit. Betragsmäßige Angaben über Kontostände sowie Angaben über die Höhe von Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.
- 1.5.1
- ☞ Vorteile für die Kunden (der Bodensee Adventure GmbH):
    - relativ schnelle Abwicklung des Vorgangs der Bezahlung
    - hohe Flexibilität hinsichtlich des Verfügungsrahmens
    - je nachdem welches System genutzt wird: keine bzw. nur niedrige Gebühren
  - ☞ Vorteile für die Bodensee Adventure GmbH:
    - ermöglicht Kunden Spontankäufe ( $\Rightarrow$  mehr Umsatz für die Bodensee Adventure GmbH)
    - das Vorhalten von Bargeld wird reduziert  $\Rightarrow$  senkt die Kosten der Bodensee Adventure GmbH
    - geringerer Bargeldbestand sorgt für mehr Sicherheit bei der Bodensee Adventure GmbH

zu Hinweis: Die Bilanzsumme betrug jährlich durchschnittlich 17.000.000 T€ (= 100 %); das  
3.1.1 Betriebsergebnis 126.329 T€. Hieraus lässt sich die Nettoszinsspanne ausrechnen:

$$\begin{array}{l} 17.000.000 \text{ T€} = 100 \% \\ \underline{126.329 \text{ T€} = x \%} \\ x = \frac{126.329 \cdot 100}{17.000.000} = \underline{0,74 \%} \end{array}$$

3.1.2 ☞ Betriebserlöse erhöhen durch höhere Entgelte und durch höhere Volumem  
☞ Betriebskosten reduzieren durch eine Verbesserung der Arbeitsabläufe (⇒ Erhöhung der Produktivität der Mitarbeiter)

3.2.1 GKM-Zinssatz für Alternativanlagen: 1,60 % p. a.  
+ Risikokostensatz: 0,55 % p. a.  
+ Standardeinzelkostensatz (für die Bearbeitung): 0,30 % p. a.  
+ kalkulatorische Eigenkapitalkosten: 0,85 % p. a.  

---

Preisuntergrenze: 3,30 % p. a.

Hinweis: Der Standardeinzelkostensatz wird wie folgt berechnet:

$$40,00 \text{ €} : 4 \cdot 12 = 120,00 \text{ € p. a.}$$

$$40.000,00 \text{ €} = 100 \%$$

$$\underline{120,00 \text{ €} = x \%}$$

$$x = \frac{120,00 \cdot 100}{40.000,00} = \underline{0,30 \%}$$

3.2.2 Deckungsbeitrag I (= Brutto-Konditionsbeitrag):  $40.000 \cdot 1,90 : 100 \cdot 4 : 12 = 253,33 \text{ €}$   
- Risikokosten:  $40.000 \cdot 0,55 : 100 \cdot 4 : 12 = 73,33 \text{ €}$   

---

Deckungsbeitrag II: 180,00 €  
- Betriebskosten: 40,00 €  

---

Deckungsbeitrag III: 140,00 €  
- Eigenkapitalkosten:  $40.000 \cdot 0,85 : 100 \cdot 4 : 12 = 113,33 \text{ €}$   

---

Deckungsbeitrag IV: 26,67 €

3.2.3 Das Angebot an den Firmenkunden zu einem Sollzinssatz von 3,50 % p. a. liegt über der in Aufgabe 3.2.1 ermittelten Preisuntergrenze. Dies wird durch den in der Aufgabe 3.2.2 berechneten positiven Deckungsbeitrag bekräftigt.

Im Hinblick auf andere Aufgaben wird bei einem Angebot an Kunden, bei dem aus der Kundenbeziehung insgesamt ein positiver Deckungsbeitrag erzielt wird, der Kunde jedoch mit Abwanderung droht, im Einzelfall zur Abwehr eines Konkurrenzangebots ein Zinssatz unterhalb der Preisuntergrenze angeboten.

## Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021

### Aufgabe 1

1.1 Kunden-KK 87.376,00 € an Kunden-KK 12.394,00 €  
Banken-KK 24.173,00 €  
Bundesbank 50.809,00 €

1.2 Rückchecks 218,00 € an Kunden-KK 215,00 €  
Provisions- und Gebührenerträge 3,00 €  
Banken-KK 218,00 € an Rückchecks 218,00 €

Hinweise: 1. Rücklastschriften werden auf dem Konto „Rückchecks“ gebucht.  
2. Auf dem Konto „Rückchecks“ wird der Betrag der Rücklastschrift einschließlich der Rücklastschriftgebühr erfasst.  
3. Nach der Belastung der Korrespondenzbank mit dem Gesamtbetrag ist das Konto „Rückchecks“ wieder ausgeglichen.

1.3.1 Kunden-KK 80.000,00 € an Termineinlagen 80.000,00 €

1.3.2 Zinsaufwendungen 40,00 € an Termineinlagen 36,05 €  
Sonstige Verbindlichkeiten (FA) 3,95 €

Hinweise: 1. Zunächst ist der Zinsaufwand der Schwabenbank AG zu berechnen:

$$Z = \frac{80.000,00 \cdot 90 \cdot 0,2}{360 \cdot 100} = \underline{40,00 \text{ €}}$$

2. Der Betrag der Kontogutschrift in Höhe von 36,05 € sowie der an das Finanzamt abzuführende Betrag von 3,95 € werden wie folgt ermittelt:

Zinsbetrag: 40,00 €  
- 25 % Kapitalertragsteuer: 25 % von (40,00 – 25,00) = 3,75 €  
- 5,50 % Solidaritätszuschlag: 5,50 % von 3,75 € = 0,20 € 3,95 €  

---

Betrag der Kontogutschrift: 36,05 €

Gemäß § 4 Abs. 3 SolZG (Solidaritätszuschlaggesetz) bleiben Bruchteile eines Cent außer Ansatz. Daher wird der Betrag des Solidaritätszuschlags abgerundet.